Verordnung
über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Wilhelmsburg S 4 (Mokrystraße/Industriestraße)

Vom 18. Februar 1997


§ 1
In der Gemarkung Wilhelmsburg wird das Gebiet Wilhelmsburg S 4 (Mokrystraße/Industriestraße) als Sanierungsgebiet im Sinne von § 142 des Baugesetzbuchs mit folgender Begrenzung förmlich festgelegt:

Beginnend von der Ecke Reiherstieger Wetter / Vogelhäusendeich 14 aus nach Osten entlang der Südseite Vogelhäusendeich bis zur Straßenecke mit der Veringsstraße (Stüberenplatz), dann nach Südosten entlang der Westseite der Veringsstraße bis zur Straßenecke Veringsstraße 21/Julius-Ertel-Straße; dann weiter nach Westen entlang der Südseite der Julius-Ertel-Straße bis an das Gebäude Julius-Ertel-Straße 12; von dort über die Straße an die Nordseite der Julius-Ertel-Straße, an dieser nach Westen entlang bis in Höhe der Ostseite der Straße Otterhaken, weiter nach Süden entlang der Ostseite Otterhaken bis an das Gebäude Fährstraße 68; von dort westlich entlang der Südseite der Fährstraße bis an das Gebäude Nummer 78; dann nach Süden entlang der Ostgrenze der Grundstücke Fährstraße 78 und Industriestraße 137, 135, 133 bis an den Veringskanal, dessen Ufer nach Westen folgend bis an die Industriestraße, weiter südlich entlang dem Ufer des Veringskanals bis an die Rückseite des Gebäudes Industriestraße 123, dann an der Rückfront des Gebäudes Industriestraße 123 entlang nach Süden bis zur Südgrenze des Flurstücks 412, diesem nach Westen folgend, weiter südlich an der Ostgrenze der Industriestraße bis zur Höhe der Südgrenze des Flurstücks 5159, dort die Industriestraße querend, an der Südgrenze des Flur-
stücks 5159 entlang bis Reihertsgäer Wetter; an dessen Ostseite nach Norden bis zum Gebüside Führstraße 93; von dort östlich entlang der Nordseite der Führstraße bis zur Morkstraße, weiter auf deren Westseite nach Norden bis an die Südgrenzen des Flurstücks Nummer 337; dann nach Westen entlang der Südgrenzen des Flurstücks 337 und der Grundstücke Vogelhütendieich 24, 22, 20, 18, 16, 14 bis zum Reihertsgäer Wetter; weiter an dessen Ostseite nach Norden zum Ausgangspunkt zurück.

§ 2


(2) Unbeachtlich sind

1. eine Verletzung der in § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummern 1 und 2 des Baugesetzbuches bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und

2. Mängel der Abwigung

wenn sich nicht in den Fällen der Nummer 1 innerhalb eines Jahres, in den Fällen der Nummer 2 innerhalb von sieben Jahren seit dem Inkrafttreten dieser Verordnung schriftlich gegenüber der Stadtentwicklungsbehörde — Amt für Stadterneuerung und Bodenordnung — geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Feuerungsverordnung (FeuVO)

Vom 18. Februar 1997

Auf Grund von § 81 Absatz 1 Nummern 1 und 4 der Hamburgischen Bauordnung (HBauO) vom 1. Juli 1986 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 183), zuletzt geändert am 10. Dezember 1996 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 321, 328), wird verordnet:

Inhaltsübersicht

§ 1 Anwendungsbereich
§ 2 Begriffe
§ 3 Verbrennungsluftversorgung von Feuerstätten
§ 4 Aufstellung von Feuerstätten
§ 5 Aufstellräume für Feuerstätten
§ 6 Heizräume
§ 7 Abgasanlagen für Feuerstätten
§ 8 Aufstellung von Wärmepumpen, Blockheizkraftwerken und ortsfesten Verbrennungsmotoren
§ 9 Abgasanlagen für ortsfeste Verbrennungsmotoren
§ 10 Inkrafttreten

§ 1 Anwendungsbereich

Diese Verordnung gilt für

1. Feuerstätten, Wärmepumpen und Blockheizkraftwerke in Gebäuden, soweit diese der Beheizung von Räumen oder der Warmwasserversorgung dienen,
2. Feuerstätten, die Gashauschaltskochgeräte sind,
3. Aufstellräume für Feuerstätten, Wärmepumpen und Blockheizkraftwerke nach Nummer 1 sowie für ortsfeste Verbrennungsmotoren,
4. Abgasanlagen für Feuerstätten aller Art und für ortsfeste Verbrennungsmotoren.

§ 2 Begriffe

Als Nennwärmeleistung gilt

1. die auf dem Typenschild der Feuerstätte angegebene Leistung oder
2. die in den Grenzen des auf dem Typenschild angegebenen Wärmeleistungsbereiches fest eingestellte höchste Leistung der Feuerstätte oder
3. bei Feuerstätten ohne Typenschild die nach der aus dem Brennstoffdurchsatz mit einem Wirkungsgrad von 80 vom Hundert ermittelte Leistung. 

Gesamtfeuerwehrleistung ist die Summe der Nennleistungen der Feuerstätten, die gleichzeitig betrieben werden können.

§ 3 
Verbrennungsluftversorgung von Feuerstätten

(1) Feuerstätten, die die Verbrennungsluft dem Aufstellraum entnehmen (raumluftabhängige Feuerstätten) und die eine Gesamtfeuerwehrleistung bis zu 35 kW haben, werden ausreichend mit Verbrennungsluft versorgt, wenn sie in einem Raum aufgestellt sind.

1. mindestens eine Tür ins Freie oder ein Fenster, das geöffnet werden kann (Räume mit Verbindung zum Freien), und einen Rauminhalt von mindestens 4 m³ je 1 kW Gesamtfeuerwehrleistung hat oder

2. mit anderen Räumen mit Verbindung zum Freien nach Maßgabe des Absatzes 2 verbunden sind (Verbrennungsluftverbund) oder

3. eine ins Freie führende Öffnung mit einem lichten Querschnitt von mindestens 150 cm² oder zwei Öffnungen von je 75 cm² oder Leitungen ins Freie mit strömungstechnisch äquivalenten Querschnitten hat.

(2) Der Verbrennungsluftverbund im Sinne des Absatzes 1 Nummer 2 zwischen dem Aufstellraum und Räumen mit Verbindung zum Freien muß durch Verbrennungsluftöffnungen von jeweils mindestens 150 cm² zwischen den Räumen hergestellt sein. Bei der Aufstellung von Feuerstätten in Nutzungs- einheiten, wie Wohnungen, dürfen zum Verbrennungsluftverbund nur Räume derselben Nutzung oder Nutzungseinheit gehören. Der Gesamtrauminhalt der Räume, die zum Verbrennungsluftverbund gehören, muß mindestens 4 m³ je 1 kW Gesamtfeuerwehrleistung der Feuerstätten betragen. Räume ohne Verbindung zum Freien sind auf den Gesamtrauminhalt nicht anzurechnen.

(3) Raumluftabhängige Feuerstätten mit einer Gesamtfeuerwehrleistung von mehr als 35 kW und nicht mehr als 50 kW werden ausreichend mit Verbrennungsluft versorgt, wenn sie in einem Raum aufgestellt sind, der die Anforderungen nach Absatz 1 Nummer 3 erfüllt.

(4) Raumluftabhängige Feuerstätten mit einer Gesamtfeuerwehrleistung von mehr als 50 kW werden ausreichend mit Verbrennungsluft versorgt, wenn sie in einem Raum aufgestellt sind, der eine ins Freie führende Öffnung oder Verbrennungsluftleitung hat. Der Querschnitt der Öffnung muß mindestens 150 cm² und für jedes über 50 kW Gesamtfeuerwehrleistung hinausgehende kW Nennfeuerwehrleistung 2 cm² mehr betragen. Verbrennungsluftleitungen müssen strömungstechnisch äquivalent bemessen sein. Der erforderliche Querschnitt darf auf höchstens zwei Öffnungen oder Leitungen aufgeteilt sein.

(5) Werden die Verbrennungsluftöffnungen vergittert, so ist durch Vergrößerung der Öffnungsquerschnitte sicherzustellen, daß die Verbrennungsluftversorgung nicht vermindert wird.

(6) Verbrennungsluftöffnungen und -leitungen dürfen nicht verschlossen oder zugestellt werden, sofern nicht durch besondere Sicherheitseinrichtungen gewährleistet ist, daß die Feuerstätten nur bei geöffnetem Verschluß betrieben werden können. Der erforderliche Querschnitt darf durch den Verschluß nicht verengt werden.

(7) Abweichend von den Absätzen 1 bis 4 kann für raumluftabhängige Feuerstätten eine ausreichende Verbrennungsluftversorgung auf andere Weise erfolgen, wenn ein dementsprechender Nachweis vorliegt.

(8) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Gasheizkochgeräte. Die Absätze 1 bis 4 gelten nicht für offene Kamine.

§ 4 
Aufstellung von Feuerstätten

(1) Feuerstätten dürfen nicht aufgestellt werden

1. in Treppenräumen, zuerst in Wohngebäuden mit nicht mehr als zwei Wohnungen,
2. in allgemein zugänglichen Fluren.

(2) Raumluftabhängige Feuerstätten dürfen in Räumen, Wohnungen oder Nutzungseinheiten vergleichbarer Größe, aus denen Luft mit Hilfe von Ventilatoren, wie Lüftungs- oder Warmluftleitungsanlagen, Dunstabzugshauben, Abluft-Wäschetrockner, abgesaugt wird, nur aufgestellt werden, wenn

1. ein gleichzeitiger Betrieb der Feuerstätten und der luftabsaugenden Anlagen durch Sicherheitseinrichtungen verbunden wird oder
2. die Abgasabführung durch besondere Sicherheitseinrichtungen überwacht wird oder
3. entsprechend § 38 Absatz 4 Satz 2 und Absatz 5 Satz 2 HBauO die Abgasleitungen der Feuerstätten über die luftabsaugenden Anlagen abgeführt werden oder
4. durch die Bauart oder die Bemessung der Luftabsaugenden Anlagen sichergestellt ist, daß kein gefährlicher Unterdruck entstehen kann.

(3) Raumluftabhängige Gasfeuerstätten mit Strömungssicherung mit einer Nennfeuerleistung von mehr als 7 kW dürfen in Wohnungen und Nutzungseinheiten vergleichbarer Größe nur aufgestellt werden, wenn durch besondere Einrichtungen an den Feuerstätten sichergestellt ist, daß Abgase in gefährdendem Menge nicht in den Aufstellraum eintreten können. Das gilt nicht für Feuerstätten, deren Aufstellräume ausreichend gelüftet sind und gegenüber anderen Räumen keine Öffnungen, ausgenommen Öffnungen für Türen, haben; die Türen müssen selbstschließend sein.

(4) Gasfeuerstätten ohne besondere Vorrichtung zur Vermeidung einer gefährlichen Ansammlung von unverbranntem Gas (Flammenüberwachungseinrichtung) dürfen nur in Räumen aufgestellt werden, bei denen durch mechanische Lüftungsanlagen sichergestellt ist, daß während des Betriebes der Feuerstätten ständig mindestens ein fünfjähriger Luftwechsel erfolgt; für Gasheizkochgeräte genügt ein Außendunstvolumenstrom von 100 m³/h.

(5) Gasfeuerstätten nach § 38 Absatz 6 Nummer 3 HBauO ohne Abgasanlage dürfen in Räumen nur aufgestellt werden, wenn eine besondere Sicherheitseinrichtung gewährleistet, daß in 1 m³ Luft des Aufstellraumes nicht mehr als 30 cm³ Kohlenmonoxid (30 ppm CO) enthalten sind.

(6) Brennstoffleitungen müssen unmittelbar vor Gasfeuerstätten in Räumen mit einer Vorrichtung ausgerüstet sein, die

1. bei einer äußeren thermischen Beanspruchung von mehr als 100°C die weitere Brennstoffzufuhr selbsttätig absperren und
2. so beschaffen ist, daß bis zu einer Temperatur von 650°C über einen Zeitraum von mindestens 30 Minuten nicht mehr als 30 l/h (gemessen mit Luft) durch- oder ausströmen können.
Satz 1 gilt nicht, wenn die Gasfeuerstätten bereits mit einer derartigen Vorrichtung versehen sind.

(7) Feuerstätten für Flüssiggas (Propan, Butan und deren Gemische) dürfen in Räumen, deren Fußboden an jeder Stelle mehr als 1 m unter der Geländeoberfläche liegt, nur aufgestellt werden, wenn
1. die Feuerstätten eine Flammenüberwachseinrichtung haben und
2. sichergestellt ist, daß auch bei abgeschalteter Feuerungs-
einrichtung Flüssiggas aus den im Aufstellraum befind-
den Brennstoffleitungen in gefahrdrohender Menge nicht ausstreten kann oder über eine mechanische Lüftungsanlage sicher abgeführt wird.

(8) Feuerstätten müssen von Bauteilen aus brennbaren Bau-
stoffen und von Einbaumöbeln so weit entfernt oder so abgeschirmt sein, daß an diesen bei Nennwärmeleistung der Feuer-
stätten keine höheren Temperaturen als 85 °C auftreten können. Andernfalls muß ein Abstand von mindestens 40 cm eingehalten werden.

(9) Vor der Feuerungsaufnahme von Feuerstätten für feste Brennstoffe sind Fußböden aus brennbaren Baustoffen durch einen Belag aus nichtbrennbaren Baustoffen zu schützen. Der Belag muß sich nach vorn auf mindestens 50 cm und seitlich auf mindestens 20 cm über die Feuerungsaufnahme hinaus erstrecken.

(10) Bauteile aus brennbaren Baustoffen müssen von den Feuerraumöffnungen offener Kamine nach oben und nach den Seiten einen Abstand von mindestens 80 cm haben. Bei Anordnung eines beiderseits belüfteten Strahlungsschutzes genügt ein Abstand von 40 cm.

§ 5
Aufstellräume für Feuerstätten

(1) Feuerstätten für flüssige oder gasförmige Brennstoffe mit einer Gesamtnennwärmeleistung von mehr als 50 kW dürfen nur in Räumen aufgestellt werden,
1. die nicht anderweitig genutzt werden, ausgenommen zur Aufstellung von Feuerstätten für feste Brennstoffe mit einer Gesamtnennwärmeleistung bis zu 50 kW, Wärmepumpen, Blockheizkraftwerken und ortsfesten Verbrennungsmotoren sowie zur Lagerung von Brennstoffen,
2. deren Wände gegenüber anderen Räumen aus nichtbrenn-
baren Baustoffen bestehen,
3. die gegenüber anderen Räumen keine Öffnungen, aus-
genommen Öffnungen für Türen, haben,
4. deren Türen dicht- und stellschließend sind und
5. die gelüftet werden können.

Die Anforderungen nach Satz 1 gelten auch dann, wenn die Gesamtnennwärmeleistung aller Feuerstätten einschließlich der für feste Brennstoffe nach Nummer 1 mehr als 50 kW beträgt.

(2) Brenner und Brennstoffdurchleitungen der Feuer-
stätten nach Absatz 1 müssen durch einen außerhalb des Aufstellraumes angeordneten Schalter (Notschalter) jeder-

(3) Wird in dem Aufstellraum Heizöl gelagert oder ist der Raum für die Heizölagerung nur vom Aufstellraum zugäng-
lich, muß die Heizölzufuhr von der Stelle des Notschalters aus durch eine entsprechend gekennzeichnete Absperreinrichtung unterbrochen werden können.

(4) Abweichend von Absatz 1 dürfen die Feuerstätten auch in anderen Räumen aufgestellt werden, wenn
1. sie nur der Beheizung des Aufstellraumes dienen und wegen der Bauart und Nutzung des Aufstellraumes keine Gefahren auftreten können oder
2. diese Räume in freistehenden Gebäuden liegen, die allein dem Betrieb der Feuerstätten sowie der Brennstofflagerung dienen.

§ 6
Heizräume

(1) Feuerstätten für feste Brennstoffe mit einer Gesamt-
nennwärmeleistung von mehr als 50 kW dürfen nur in besonde-
ren Räumen (Heizräumen) aufgestellt werden; § 5 Absatz 4 Nummer 2 gilt entsprechend. Die Heizräume dürfen
1. nicht anderweitig genutzt werden, ausgenommen zur Auf-
stellung von Feuerstätten für flüssige oder gasförmige Brennstoffe, Wärmepumpen, Blockheizkraftwerken und ortsfesten Verbrennungsmotoren sowie zur Lagerung von Brennstoffen und
2. mit Aufenthaltsräumen, ausgenommen solche für das Be-
triebspersonal, sowie mit Treppenräumen notwendiger Treppen nicht in unmittelbarer Verbindung stehen.

(2) Heizräume müssen mindestens einen Rauminhalt von 8 m³ und eine lichte Höhe von 2 m haben.

(3) Heizräume müssen einen Ausgang haben, der
1. unmittelbar in einen Flur oder
2. über einen Vorraum in einen Treppenraum oder
3. unmittelbar ins Freie führt. Türen müssen nach außen aufschlagen.

(4) Wände, ausgenommen Außenwände, und Stützen von Heizräumen sowie Decken über und unter ihnen müssen feuer-
beständig sein. Öffnungen in diesen Wänden und Decken müs-
sen mindestens feuerhemmende und selbstschließende Feuer-
schutzabschlußflächen haben. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht für Trennwände und deren Öffnungen zwischen Heizräumen und den zum Betrieb der Feuerstätten gehörenden Räumen, wenn diese Räume die Anforderungen der Sätze 1 und 2 erfüllen.

(5) Heizräume müssen während des Betriebes der Feuerstät-
ten gelüftet werden. Hierzu müssen die Heizräume jeweils eine obere und eine untere Öffnung ins Freie mit einem Querschnitt von mindestens je 150 cm² oder Leitungen ins Freie mit strom-
zeugungstechnisch äquivalenten Querschnitten haben. Der Quer-
schnitt einer Öffnung oder Leitung darf auf die Verbrennungs-
luftversorgung nach § 3 Absatz 4 angerechnet werden.

(6) Lüftungsleitungen für Heizräume müssen eine Feuer-
widrstandsdauer von mindestens 90 Minuten haben, soweit sie durch andere Räume führen, ausgenommen angrenzende, zum Betrieb der Feuerstätten gehörende Räume, die die Anfor-
derungen nach Absatz 4 Sätze 1 und 2 erfüllen. Die Lüftungs-
leitungen dürfen mit anderen Lüftungsanlagen nicht verbun-
den sein und nicht der Lüftung anderer Räume dienen.

(7) Lüftungsleitungen, die der Lüftung anderer Räume dienen, müssen, soweit sie durch Heizräume führen, eine Feuerwidrstandsdauer von mindestens 90 Minuten haben. Sie dürfen in den Heizräumen keine Öffnungen haben.
§ 7  
Abgasanlagen für Feuerstätten
(1) Abgasanlagen müssen nach lichtem Querschnitt und Höhe, soweit erforderlich auch nach Wärmendurchlasswiderstand und innerer Oberfläche, so bemessen sein, daß die Abgase bei allen bestimmungsmäßigen Betriebszuständen ins Freie abgeführt werden, die Abgasanlagen nicht gefährlich durchgefeuchtet können und gegenüber Räumen kein gefährlicher Überdruck auftreten kann.
(2) Die Abgase von Feuerstätten für feste Brennstoffe müssen in Schornstein eingeleitet werden.
(4) Die Mündungen der Schornsteine und Abgasleitungen müssen
1. den Dachfirst oder die höchste Kante des Daches um mindestens 40 cm überragen oder von der Dachfläche mindestens 1 m entfernt sein; bei raumlufunabhängigen Gasfeuerstätten genügt ein Abstand von der Dachfläche von 40 cm, wenn die Gesamtnennwärmeleistung der Feuerstätten nicht mehr als 50 kW beträgt und das Abgas durch Ventilatoren abgeführt wird,
2. Dachaufbauten und Öffnungen zu Räumen um mindestens 1 m überragen, soweit deren Abstand zu den Schornsteinen und Abgasleitungen weniger als 1,5 m beträgt,
3. ungeschützte Bauteile aus brennbaren Baustoffen, ausge- nommen Bedachungen, um mindestens 1 m überragen oder von ihnen mindestens 1,5 m entfernt sein,
4. bei Feuerstätten für feste Brennstoffe in Gebäuden, deren Bedachung überwiegend nicht den Anforderungen des § 30 Absatz 1 HbauO entspricht, am Fürst des Daches austreten und diesen um mindestens 80 cm überragen.
Bei Dächern mit Brüstungen ist durch Höhenerhöhung der Mündungen oder durch Brüstungsoffnungen sicherzustellen, daß ein gefährliches Ansammeln von Abgasen nicht eintritt.
(5) Abweichend von Absatz 4 Nummern 1 und 2 können weitergehende Anforderungen gestellt werden, wenn Gefahren oder unzumutbare Belästigungen zu befürchten sind.
(6) Mehrere Feuerstätten dürfen an einen gemeinsamen Schornstein, an eine gemeinsame Abgasleitung oder an ein gemeinsames Verbindungstück nur angeschlossen werden, wenn
1. durch die Bemessung nach Absatz 1 die Ableitung der Abgase für jeden Betriebszustand sichergestellt ist,
2. bei Ableitung der Abgase mit Überdruck die Übertragung von Abgasen zwischen den Aufstellräumen der Feuerstätten oder ein Austritt von Abgasen über nicht in Betrieb befindliche Feuerstätten ausgeschlossen ist und
3. bei gemeinsamer Abgasleitung die Abgasleitung aus nichtbrennbaren Baustoffen besteht oder eine Brandübertragung zwischen den Geschossen durch selbsttätige Absperrvorrichtungen verhindert wird.
(7) In Gebäuden muß jede Abgasleitung in einem eigenen Schacht angeordnet sein. Dies gilt nicht für Abgasleitungen in Aufstellräumen für Feuerstätten sowie für Abgasleitungen, die mit Unterdruck betrieben werden und eine Feuerwiderstandsdauer haben, der die Feuerwiderstandsdauer der Gebäude- decken entspricht. Die Anordnung mehrerer Abgasleitungen in einem gemeinsamen Schacht ist zulässig, wenn
1. die Abgasleitungen aus nichtbrennbaren Baustoffen stehen oder
2. die zugehörigen Feuerstätten in demselben Geschoss aufgestellt sind oder
3. eine Brandübertragung zwischen den Geschossen durch selbsttätige Absperrvorrichtungen verhindert wird.
Die Schächte müssen eine Feuerwiderstandsdauer haben, die der Feuerwiderstandsdauer der Gebäude- decken entspricht. Die Schächte müssen durchgehend sein; sie dürfen insbesondere nicht durch Decken unterbrochen sein.
(8) Schornsteine, an die Feuerstätten für feste Brennstoffe angeschlossen werden, müssen
1. gegen Raubrände beständig sein,
2. in Gebäuden eine Feuerwiderstandsdauer haben, die der Feuerwiderstandsdauer der Gebäude- decken entspricht,
3. unmittelbar auf dem Baugrund gegründet oder auf einem feuerbeständigen Unterbau errichtet sein; es genügt ein Unterbau aus nichtbrennbaren Baustoffen für Schornsteine in Gebäuden geringer Höhe, für Schornsteine, die oberhalb der obersten Geschossdecke beginnen sowie für Schornsteine an Gebäuden,
4. durchgehend sein; sie dürfen insbesondere nicht durch Decken unterbrochen sein, und
5. für die Reinigung Öffnungen mit Schornsteinreinigungs- verschlüssen haben.
(9) Schornsteine, Abgasleitungen und Verbindungstücke, die mit Überdruck betrieben werden, müssen innerhalb von Gebäu- den
1. vollständig in vom Freien dauernd geöffneten Räumen liegen oder
2. in Räumen liegen, die § 3 Absatz 1 Nummer 3 entsprechen, oder
3. der Bauart nach so beschaffen sein, daß Abgase in gefähr- drohender Menge nicht austreten können.
Für Abgasleitungen genügt es, wenn sie innerhalb von Gebäuden über die gesamte Länge von längsgelüfteten Schächten, Kanälen oder formbeständigen Leitungen umschlossen sind.
(10) Abgasleitungen und Verbindungstücke dürfen nicht in Decken, Wänden oder unzugänglichen Hohlräumen angeordnet werden.
(11) Schornsteine, an die Feuerstätten für feste Brennstoffe angeschlossen werden, sowie Schächte, in denen Abgasleitungen für Abgase mit einer Temperatur von mehr als 160°C angeordnet werden, müssen
1. von Holzbalken und von Bauteilen entsprechender Abmesungen aus nichtbrennbaren Baustoffen einen Abstand von mindestens 2 cm, den
(12) Abgasleitungen außerhalb von Schächten müssen von Bauteilen aus brennbaren Baustoffen einen Abstand von mindestens 20 cm haben. Es genügt ein Abstand von mindestens 5 cm, wenn die Abgasleitungen mindestens 2 cm dick mit nichtbrennbaren Dämmstoffen ummantelt sind oder wenn die
Abgastemperatur der Feuerstätten bei Nennwärmeleistung nicht mehr als 160 °C betragen kann.

(13) Verbindungsstücke zu Schornsteinen, an die Feuerstätten für feste Brennstoffe angeschlossen werden, müssen von Bauteilen aus brennbaren Baustoffen einen Abstand von mindestens 40 cm einhalten. Es genügt ein Abstand von mindestens 10 cm, wenn die Verbindungsstücke mindestens 2 cm dick mit nichtbrennbaren Dämmstoffen ummantelt sind.

(14) Abgasleitungen sowie Verbindungsstücke zu Schornsteinen müssen, soweit sie durch Bauteile aus brennbaren Baustoffen führen,
1. in einem Abstand von mindestens 20 cm mit einem Schutzrohr aus nichtbrennbaren Baustoffen versehen oder
2. in einem Umkreis von mindestens 20 cm mit nichtbrennbaren Baustoffen mit geringer Wärmeleitfähigkeit ummantelt sein. Abweichend von Satz 1 Nummern 1 und 2 genügt ein Abstand von 5 cm, wenn die Abgastemperatur der Feuerstätten bei Nennwärmeleistung nicht mehr als 160 °C betragen kann oder Gasfeuerstätten eine Strömungssicherung haben.

(15) Geringere Abstände als nach den Absätzen 11 bis 14 sind zulässig, wenn sichergestellt ist, daß an den Bauteilen aus brennbaren Baustoffen bei Nennwärmeleistung der Feuerstätten keine höheren Temperaturen als 85 °C auftreten können.

(16) Abgasleitungen an Gebäuden müssen von Fenstern und Türen ins Freie einen Abstand von mindestens 20 cm haben.

§ 8
Aufstellung von Wärmepumpen, Blockheizkraftwerken und ortsfesten Verbrennungsmotoren

(1) Für die Aufstellung von
1. Sorptionswärmepumpen mit feuerbeheizten Austreibern,
2. Blockheizkraftwerken in Gebäuden und
3. ortsfesten Verbrennungsmotoren
   gelten § 3 Absätze 1 bis 7 und § 4 Absätze 1 bis 8 entsprechend. Für Wärmepumpen anderer Bauart gilt § 4 Absatz 1 Nummern 1 und 2 entsprechend.

(2) Die Aufstellräume von
1. Sorptionswärmepumpen mit einer Nennwärmeleistung der Feuerung von mehr als 50 kW,
2. Wärmepumpen, die die Abgaswärme von Feuerstätten nutzen (Abgaswärmepumpen), sofern die Gesamtnennwärmeleistung der Feuerstätten mehr als 50 kW beträgt,
3. Kompressionswärmepumpen mit elektrisch angetriebenen Verdichtern mit Antriebsleistungen von mehr als 50 kW,
4. Kompressionswärmepumpen mit Verbrennungsmotoren,
5. Blockheizkraftwerken in Gebäuden und
6. ortsfesten Verbrennungsmotoren
   müssen den Anforderungen nach § 5 entsprechen. Absatz 3 bleibt unberührt.

(3) Ortsfeste Verbrennungsmotoren als Bestandteile von Stromerzeugungskombinationen für die Stromversorgung notwendiger Sicherheitsanlagen bei Netzausfall müssen mit den Aggregaten in eigenen Räumen aufgestellt werden, die nicht anderweitig genutzt werden dürfen. § 6 Absatz 4 Sätze 1 und 2 gilt entsprechend. Die Räume müssen gelüftet werden können.

§ 9
Abgasanlagen für ortsfeste Verbrennungsmotoren

(1) Die Abgase von ortsfesten Verbrennungsmotoren sind durch eigene, dichte Leitungen abzuleiten. Mehrere Verbrennungsmotoren dürfen an eine gemeinsame Leitung angeschlossen werden, wenn die einwandfreie Abführung der Abgase gewährleistet ist. § 7 Absätze 4, 5, 7, 9, 10, 12, 14, 15 und 16 gilt entsprechend.

(2) Die Einleitung der Abgase in Schornsteine oder Abgasleitungen für Feuerstätten ist zulässig, wenn die einwandfreie Abführung der Abgase der Verbrennungsmotoren und gegebenenfalls der angeschlossenen Feuerstätten sichergestellt ist.

§ 10
Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am ersten Tag des auf die Verkündigung folgenden Kalendermonats in Kraft.


Gegeben in der Versammlung des Senats,
Verordnung
g zur Änderung der Verordnung
über das Landschaftsschutzgebiet Ohmoor

Vom 18. Februar 1997


Einziger Paragraph


Gegeben in der Versammlung des Senats,

Zweite Verordnung
g zur Änderung der Verordnung
über die Anerkennung von Bildungsveranstaltungen

Vom 18. Februar 1997


Einziger Paragraph


1. Die Präambel erhält folgende Fassung:


2. § 1 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden hinter den Wörtern „Kenntnisse und Fertigkeiten“ die Wörter „oder der Qualifizierung für die Wahrnehmung ehrenamtlicher Tätigkeiten“ eingefügt.

b) Es wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Ehrenamtliche Tätigkeit im Sinne von Absatz 1 ist
1. die Tätigkeit als ehrenamtlicher Richter oder ehrenamtliche Richterin,
2. die ehrenamtliche Tätigkeit als Vormund,
3. die ehrenamtliche Übungsleitun im Rehabilitationssport,
4. die ehrenamtliche Übungsleitun im Breitensport und die ehrenamtliche Jugendleitung in Vereinen, die dem Deutschen Sportbund angeschlossen sind,
5. die ehrenamtliche Jugendleitung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit."

3. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Im einleitenden Satz wird das Wort „Veranstalter“ durch die Wörter „veranstaltenden Stellen“ ersetzt.
b) In Nummer 2 Satz 1 wird das Wort „Teilnehmern“ durch das Wort „Teilnehmenden“ ersetzt.

c) In Nummer 3 wird das Wort „Teilnehmer“ durch das Wort „Teilnehmenden“ ersetzt.


e) In Nummer 5 Satz 1 werden die Wörter „eines Kursleiters“ durch die Wörter „einer Kursleiterin oder eines Kursleiters“ ersetzt.

f) In Nummer 5 Satz 3 wird das Wort „Teilnehmer“ durch das Wort „Teilnehmenden“ ersetzt.

g) In Nummer 6 werden in Satz 1 die Wörter „Der Veranstalter“ durch die Wörter „Die verantwortliche Stelle“ und in Satz 3 das Wort „Teilnehmer“ durch das Wort „Teilnehmenden“ ersetzt.

h) Nach Nummer 6 wird folgende Nummer 7 angefügt:

„7. Die verantwortlichen Stellen berichten der zuständigen Behörde einmal jährlich über Art und Inanspruchnahme der Bildungsveranstaltungen. Der Senat teilt der Bürgerschaft auf der Basis einer Zufallsstichprobe jährlich die Entwicklung der Inanspruchnahme von Bildungsvorleih mit.“

4. In § 3 Satz 1 wird das Wort „Veranstalter“ durch die Wörter „veranstaltenden Stellen“ ersetzt.

5. § 4 erhält folgende Fassung:

„§ 4
Anträge auf Anerkennung
Anträge auf Anerkennung hat die verantwortliche Stelle spätestens zehn Wochen vor Beginn der Veranstaltung bei der zuständigen Behörde auf den von dieser herausgegebenen Vordrucken einzureichen.“

6. § 6 wird wie folgt geändert:

a) In den Absätzen 1 und 2 werden jeweils die Wörter „Der Veranstalter“ durch die Wörter „Die verantwortliche Stelle“ ersetzt.

b) In Absatz 3 werden die Wörter „der Veranstalter“ durch die Wörter „die verantwortliche Stelle“ und das Wort „et“ durch das Wort „sie“ ersetzt.


8. § 9 erhält folgende Fassung:

„§ 9
Bescheinigungen
Die verantwortliche Stelle hat den Teilnehmenden auf einem von der zuständigen Behörde herausgegebenen Vordruck die Anmeldung zu und die Teilnahme an der Bildungsveranstaltung zu bescheinigen.“

Gegeben in der Versammlung des Senats,
Achte Verordnung  
zur Änderung der Verordnung  
zum Schutz von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Duvenstedt,  
Bergstedt, Lemsahl-Mellingstedt, Volksdorf und Rahlstedt  

Vom 18. Februar 1997  


Einziger Paragraph  


Gegeben in der Versammlung des Senats,  
Neunte Verordnung
zur Änderung der Verordnung
über Auslagenpauschsätze der Gerichtsvollzieher

Vom 20. Februar 1997


§ 1

§ 2


Die Justizbehörde
Anlage zur Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet Ohmoor

LEGENDE

Flächen, für die der Landschaftsschutz aufgehoben wird

Landschaftsschutzgebiet

Flächen, auf denen es gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 verboten ist, chemische Pflanzenschutzmittel- oder Düngemittel anzubringen.

Umweltbehörde – Naturschutzamt

Kartengrundlage: Deutsche Grundkarte 1 : 5000
Anlage zur Achten Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Duvenstedt, Bergstedt, Lemsahl-Mellingstedt, Volksdorf und Rahlstedt

LEGENDE

Flächen, für die der Landschaftsschutz aufgehoben wird

Kartengrundlage: Deutsche Grundkarte 1:5000